Nr. 537 * Ausgabe B Nr. 246
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 537

Abend-Ausgabe

Dienstag, 11. November 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Lenins Friedensvorschlag an England.

Sowjetrußland zur Zahlung der Anleihezinsen bereit?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Bern, 11. November.

Londoner Blätter melden, daß die russische Räteregierung England folgende Friedensbedingungen unterbreitet hat: 1. Alle innerhalb der Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches bestehenden Regierungen bleiben bis zu einer endgültigen Entscheidung im Amte. Kein Regime darf mit Gewalt gestürzt werden. 2. Aufhebung der Blockade und Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. 3. Der Räteregierung muß das Durchgangsrecht auf allen Verkehrswegen und in allen Häfen des ehemaligen Zarenreiches zugesichert werden. 4. Freier Zutritt aller Bürger des bolschewistischen Rußlands in alle assoziierten und alliierten Länder unter der Bedingung, daß sie sich nicht in innerpolitische Verhältnisse einmischen; die Räteregierung bietet Gegenseitigkeit an. 5. Vollständige gegenseitige politische und militärische Amnestie. 6. Rückzug der fremden Truppen aus Rußland; Einstellung der militärischen Hilfe durch die Alliierten und gleichzeitig Verminderung der bestehenden Truppenverbände. 7. Die **Räteregierung anerkennt alle Finanzverpflichtungen des früheren russischen Kaiserreiches.**

London, 11. November. (Reuter.)

Im Unterhause fragte Bottomley, ob die Bezugnahme Lloyd Georges auf Rußland in seiner Rede in der Guild Hall am 8. November bedeute, daß man willens sei, mit Lenin und Trotzki Verhandlungen anzuknüpfen. Bonar Law antwortete, es bestehe nicht die sofortige Absicht, etwas derartiges zu tun, und es würden keinerlei derartige Schritte unternommen werden, ehe der Feind volle Gelegenheit zur Diskussion gehabt habe. In der Rede habe Lloyd George einfach die Hoffnung ausgedrückt, daß es einen Weg zur Erlangung des Friedens in Rußland geben werde. Dem „Telegraaf" zufolge erklärte Bonar Law noch, er könne zwischen der Rede Lloyd Georges und der, die Churchill vor Wochen hielt, und worin er darauf drang, daß gegen die Bolschewisten alle Maßregeln getroffen werden, keinen Unterschied finden. In London nimmt man allgemein an, daß Lloyd George keinen Augenblick daran gedacht habe, Verhandlungen mit den Bolschewisten vorzuschlagen.

Die Abreise der Ententemission nach dem Baltikum.

Die Ententemission für das Baltikum, die seit einigen Tagen unter Führung des französischen Generals Niessel sich in Berlin aufhält und hier Informationen einholte, wird nunmehr, wie wir hören, heute abend nach dem Baltikum abreisen, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen. Die Fahrt wird über Tilsit zunächst nach Laugszargen gehen; von dort aus sollen Besichtigungen der Gegend nach Lage der Dinge unternommen werden.

Der Mission beigegeben sind für den ersten Teil der Reise eine Anzahl deutscher Offiziere unter Führung des Admirals Hopmann.

Helsingfors, 11. November. (W. T. B.

Nach einer Meldung aus Riga, haben die Letten unter dem Feuerschutz der Ententeflotte den Aa-Fluß bei Pinkenhof überschritten. Die russischen Truppen gingen unter Zurücklassung von Gefangenen und Maschinengewehren zurück.

Wie aus Jekaterinenburg gemeldet wird, sind dort eine Anzahl bolschewistischer Kommissare eingetroffen, die die Uebersiedelung der Zentralleitung in Moskau nach Jekaterinenburg für den Fall vorbereiten, daß Moskau durch Denikin unmittelbar bedroht wird.

Eine Kulturkampfparole.

Von [Nachdruck verboten.]

Bruno Stümke.

Gegen den preußischen Kultusminister Haenisch wird seit einiger Zeit von deutschnationaler Seite und von einer bestimmten Zentrumsrichtung ausgehend, ein Treiben veranstaltet, das den Minister in den Verdacht bringen soll, ein Gottesleugner zu sein, und, was weit schlimmer ist, einer, dessen Lebensziel die Ausrottung des Christentums ist. Bei einer seiner letzten Reisen durch die deutschen Westprovinzen besuchte er die bekannte Benediktinerabtei Maria Laach. In einem Gespräch mit dem Abt Dr. Ildefons Herwegen soll Haenisch gesagt haben, daß er Atheist sei und bleibe und daß er als Kultusminister die Einführung des Atheismus erstrebe. Diese Behauptung ging nun durch die ganze rheinische Zentrumspresse, voran die „Kölnische Volkszeitung"; die rechtsstehenden Blätter, voran die „Deutsche Tageszeitung", nahmen sie mit Behagen auf. Ein preußischer Kultusminister, der sich offen als Atheist bekennt, und der, darüber hinaus, den Atheismus zur Staatsreligion machen will, das war so recht was für eine Kulturkampfstimmung. Die „Deutsche Tageszeitung" witterte Morgenluft und gab ihrer Verwunderung Ausdruck, daß ein solcher Minister überhaupt bei der Volksvertretung eine Mehrheit erhalte. „Eine Frage," schreibt das Blatt, „die allerdings so lange nur theoretische Bedeutung hat, als sie nicht vom Zentrum aufgeworfen wird." Für denjenigen, der die Annäherungsversuche zwischen Deutschnationalen und einem bestimmten Teil des Zentrums auf kulturellem Gebiete seit einiger Zeit verfolgt hat, ist dieser Satz ohne weiteres verständlich: man fühlt wieder ein gewisses Gemeinschaftsbedürfnis wie in vergangenen goldenen Tagen. Inzwischen aber hat sich die Unterredung in Maria Laach als wesentlich anders herausgestellt. Und „Kölnische Volkszeitung" und „Deutsche Tageszeitung" haben eine Erklärung des Abtes abdrucken müssen, nach der Haenisch nur gesagt hat, daß er für seine Person keinem Offenbarungsglauben huldigen könne, und daß er der Hoffnung lebe, „daß in einer späteren Zeit einmal eine Ethik erstehen wird, die es uns gestattet, die heute übliche Sittlichkeit zu übertreffen". Da diese Zeit aber noch in weiter Ferne liege, so dürfe man die großen Kulturkräfte des Christentums nicht gering einschätzen und müsse sie fruchtbar für unser Volk machen. „Ich stehe auf dem Standpunkt", sagte der Minister, „daß unser Kampf für den Fortschritt nicht gegen die Kirche, sondern gemeinsam mit der Kirche zum Wohle aller geführt werden muß." Man wird nicht sagen können, daß das, was Haenisch von der neuen Ethik erhofft, sein unreifster und ein neuer Gedanke ist. Er ist von unseren besten Köpfen längst gedacht und seine Ausführung längst erstrebt worden. Und es gibt wohl auch keinen Menschen tieferer Bildung, der nicht über das religiöse Problem nachgedacht hat und zu ähnlichen Betrachtungen gekommen ist.

An sich ist auch die Unterhaltung des Kultusministers mit dem Abt für die große Oeffentlichkeit herzlich gleichgültig. Warum soll denn nicht auch ein Kultusminister mit Aebten Religionsgespräche führen? Auch haben wir kein anderes Interesse als das der Wahrheit, dies festzustellen. Nein, hier dreht es sich um wesentlich andere Dinge: die Deutschnationalen und die Zentrumsleute, die unter Führung des Erzbischofs Faulhaber stehen, wollen auf dem Umweg des Kulturkampfes den demokratischen Staat wanken machen, dem sie politisch nicht gewachsen sind. Deshalb suchen die Deutschnationalen allmählich engere Fühlung mit dem Zentrum in der richtigen Annahme, daß die Kulturkampfparole in Deutschland noch immer eine ganz ansehnliche Schar zu geneinsamem Handeln vereint hat. Im Zentrum besteht, wie man weiß, seit langem eine Spaltung. Die eine Richtung sieht in Faulhaber ihren Führer, die andere, die demokratische, in Giesberts. Bei dem nächsten Parteitage wird es auch voraussichtlich zu recht scharfen Auseinandersetzungen kommen. Die Faulhaber-Leute im Zentrum sind mit Freuden wieder zu einem schwarz-blauen Block bereit. Die Deutschnationalen suchen die demokratische Staatsordnung an zwei Stellen zu unterminieren: politisch und ebenfalls kulturell. Sie benutzen dazu den orthodoxen Protestantismus. Unter dem Rufe: Die Religion ist in Gefahr! sammeln sie die Strenggläubigen und führen sie sacht auf die Straße. Unterstützung finden diese Bestrebungen in den leitenden kirchlichen Kreisen des Protestantismus, die den „Reichsboten", der sich ganz besonders durch scharfe Angriffe auf den Kultusminister auszeichnet, zu ihrem Organ gemacht haben. Dieser versteckte Kulturkampf, der im Westen des Reiches bereits mit den schärfsten Waffen geführt wird, findet leider noch nicht die genügende Beachtung. Die Gefahr, die er birgt, wird unterschätzt. Nur dadurch ist es möglich gewesen, daß in der Rheinprovinzen die „Kulturkämpfer" schon so viel Boden gewinnen konnten. Die Anhänger einer demokratischen Staatsordnung sehen hier eine Aufgabe vor sich, an der sie nicht länger achtlos vorübergehen dürfen. Im Westen wird mit der Kulturkampfparole bei Gemeindewahlen schon eine recht erfolgreiche Propaganda getrieben. Das ist die beste Vorbereitung für die kommenden Reichstagswahlen. Sehen die Demokraten den Dingen noch eine Zeitlang ruhig zu, dann sind Zentrum und Deutschnationale bald so eng verbunden, daß es schwer halten wird, gegen das „kulturpolitische" Wahlbündnis aufzukommen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß das Zentrum nach dem Ministersessel im Kultusministerium trachtet. Den Deutschnationalen hier ein Zugeständnis für die Zukunft abzuringen, wird dem antidemokratisch gesinnten Zentrum ein leichtes sein. Und man weiß weiter, daß das Zentrum als Ganzes sich der heutigen Ordnung der Dinge nur widerwillig unterwirft und die Zeit herbeisehnt, wo es wieder frei nach den alten Grundsätzen handeln kann.

Ungültigkeit der oberschlesischen Wahlen?

Der Protest der Entente.

Die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien, bei denen die Polen, namentlich auf dem Lande, auf Kosten des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokratie, beträchtliche Wahlerfolge erzielt haben, sind vom „Obersten Rat der Alliierten" in Paris beanstandet worden. Diese Wahlen stehen nach der Ansicht der Entente in Widerspruch mit der Freiheit der Volksabstimmung und müßten daher annulliert werden. Die Entente stützt sich dabei offenbar auf den vorletzten Absatz des Artikels 88 im Friedensvertrage. Darin heißt es:

„Die polnische und die deutsche Regierung verpflichten sich, jede zu ihrem Teile, auf keiner Seite ihres Gebietes irgendwelche Treibereien zu veranstalten, auch keinerlei Ausnahmemaßregeln für etwaige politische Handlungen zu treffen, die in Oberschlesien während der Periode der im angefügten Anhang festgesetzten Regierungsform und bis zur Einrichtung der endgültigen Regierungsform dieses Landes vorkommen."

Wir vermögen den Protest der Entente gegen die oberschlesischen Wahlen nicht als berechtigt anzuerkennen. Denn einmal ist der Friede noch nicht in Kraft getreten, da die alliierten Mächte Deutschland noch nicht die Ratifikationsurkunden übermittelt haben, und der „Anhang", auf den in dem vorstehenden Absatz verwiesen wird, ausdrücklich davon spricht, daß die Periode der Uebergangs-Regierungsform erst „nach Inkrafttreten des Vertrages" beginnt. Zum andern kann man in den am Sonntag abgehaltenen Gemeinderatswahlen in Oberschlesien weder „Treibereien" noch eine „Ausnahmemaßregel" ersehen. Die oberschlesischen Gemeinderatswahlen sind lediglich das letzte Glied einer ganzen Reihe von Provinziallandstags-, Kreistags- und Stadtverordnetenwahlen, wie sie im Laufe dieses Jahres nach der Einführung des gleichen Wahlrechts in ganz Preußen vorgenommen sind. Gewiß kann man es bedauern, daß der Termin dafür nicht früher, schon vor den eigentlichen Friedensverhandlungen, angesetzt worden ist, aber die preußische Regierung glaubte die Wahlen nicht eher anberaumen zu dürfen, als bis, nach all den Aufständen und Streiks, in den oberschlesischen Wetterwinkel wieder völlige Ruhe eingekehrt war.

Die zufriedenen Unabhängigen.

Die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, schreibt zu dem Wahlausfall in Oberschlesien triumphierend: „Unsere Genossen machten die Wahl zu einer Protestwahl gegen das Gewaltregiment Hörsing und gegen die Politik dieser Regierung. Sie betonten, daß für sie nicht Deutschtum und Polentum entgegenzustellen sei, sondern der internationale Gedanke der Solidarität des deutschen und polnischen Proletariats gegen das deutsche und polnische, gegen das internationale Kapital. Hörsing und seine Auftraggeber haben in Oberschlesien gearbeitet wie der Ochse im Porzellanladen. Jetzt können sie die Scherben zusammensuchen. Sie haben deutschnationalistische Politik betrieben und den Glauben gehegt, die Polen durch brutale Gewalt niederhalten zu können. Die Quittung liegt jetzt vor. Den Rechtssozialisten sind die Wähler davongelaufen: die zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter haben sich der Unabhängigen Sozialdemokratie angeschlossen oder sie stimmten, soweit sie den internationalen Gedanken noch nicht erfaßten, für die polnische Sozialdemokratie; die deutschen kleinbürgerlichen Elemente wechselten zu den Deutschnationalen hinüber, den größten Zuzug aber haben die Nationalpolen erhalten."

Der amerikanische Senat doch gegen die Ratifizierung?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Bern, 11. November.

Der Washingtoner Korrespondent der „New York Sun" telegraphiert seiner Zeitung: Falls sich nicht die gegenwärtig festzustellende Tendenz in ihr Gegenteil umkehrt, ist als sicher anzunehmen, daß der mit Deutschland abgeschlossene Friedensvertrag vom Senat in der Schlußabstimmung, die über die Ratifikation stattfinden wird, verworfen wird.

Poincaré in London.

Ein Trinkspruch des Präsidenten.

(Telegramm.)

London, 10. November. (W. T. B.)

Herr und Frau Poincaré und Pichon sind in London eingetroffen. Sie wurden auf dem Bahnhof vom König und der Königin, Lloyd George und anderen Mitgliedern des Kabinetts begrüßt.

In Beantwortung eines Trinkspruchs des Königs Georg im Buckingham-Palast sagte Poincaré: Er möchte zunächst an den freundlichen Empfang erinnern, der ihm im Jahre 1913 hier zuteil wurde. Inzwischen habe die Welt Umwälzungen durchgemacht, die so tiefgreifend gewesen seien, daß sonst Jahrhunderte erst sie vollbracht haben würden. Millionen von Menschenleben seien geopfert worden in einem Kriege, den England und Frankreich hätten vermeiden wollen. Anläßlich des Besuches im Jahre 1913 sei festgestellt worden, daß die beiden Mächte in loyalem Zusammenarbeiten die bedrohlichen Fragen des Orients, die damals auf der Welt lasteten, zu lösen sich bestrebten. Poincaré sagte dann weiter, daß Großbritannien und Frankreich unermüdlich dahin wirkten, daß auf dem Balkan die Feindseligkeiten nicht wieder ausbrächen oder sich ausdehnten. Der Präsident versprach, daß Frankreich sich bemühen werde, mitzuwirken an der Aufrechterhaltung des harmonischen Zusammenlebens der europäischen Staaten. Heute sei der Beweis erbracht, daß Frankreich sein Wort gehalten habe. An der Seite Englands habe es dafür gesorgt, daß der letzte Rest des Brandes erstickt wurde. Aber die mysteriöse Tat von Serajewo habe den Leitern der Zentralmächte einen Vorwand geliefert, um die harmonische Einigung zu durchkreuzen.

Auf eine Anfrage im Unterhaus antwortete der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, daß im allgemeinen gemäß den Bestimmungen des Fremdengesetzes denjenigen Personen kein Paßvisum erteilt werde, die im Vereinigten Königreich Arbeit suchen möchten. Unter diesen Umständen sei es selbst im Interesse der Antragsteller gelegen, daß sie sich erst gar nicht auf den Weg nach England begäben. Nur mit Ermächtigung des Arbeitsministeriums können derartige Paßvisa gegeben werden.

Beendigung des Metallarbeiterstreiks.

Von der Fünfzehnerkommission wird folgendes mitgeteilt: Die in den Betrieben vorgenommene Urabstimmung hat ergeben, daß die **statutarische Voraussetzung für die Weiterführung des Streiks nicht mehr gegeben ist.** Durch die Abstimmung ist die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen worden. Entsprechend dieser Urabstimmung hat die Fünfzehnerkommission beschlossen: **Der Streik wird für beendet erklärt.** In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme besteht, können die Kollegen am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufnehmen. Wir ersuchen alle Streikleitungen, sich mit ihren Arbeitgebern bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung zu setzen